

II-46 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

2.6.1966

8/A.B.

zu 10/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Finanzen Dr. S c h m i t z
auf die Anfrage der Abgeordneten M e l t e r und Genossen,
betreffend Erhöhung der Pauschbeträge gemäß § 102 Einkommensteuergesetz.

-.--.-.-.-

Mit Bezug auf die Anfrage der Abgeordneten Melter und Genossen,
Z. 10/J-NR/1966 vom 22. April 1966, betreffend Erhöhung der Pauschbeträge
gemäß § 102 Einkommensteuergesetz, beehre ich mich mitzuteilen, daß das
Einkommensteuergesetz für Sozialmaßnahmen nicht geeignet ist. Ein Körper-
behinderter mit einem geringen steuerpflichtigen Einkommen oder ohne steuer-
pflichtiges Einkommen hat von der Schaffung oder Erhöhung des Freibetrages
nichts. Ein finanzieller Vorteil erwächst nur jenen Steuerpflichtigen, die
trotz ihrer Körperbehinderung über ein so hohes Einkommen verfügen, daß
sich die Gewährung des Freibetrages entsprechend auswirkt oder, einfach
gesagt, je höher das Einkommen eines Körperbehinderten, desto größer ist
der Steuervorteil durch den Freibetrag.

Wenn einem Körperbehinderten bei der Erzielung seiner Einnahmen außer-
gewöhnliche Belastungen erwachsen, bietet § 33 Einkommensteuergesetz die
Möglichkeit, solche Aufwendungen einkommensmindernd zu berücksichtigen.
Der Vorteil des § 102 Einkommensteuergesetz für Körperbehinderte besteht
lediglich darin, daß nicht jeder einzelne alljährlich seine zu berücksich-
tigenden Aufwendungen nachweisen muß, soweit er mit der Pauschalierung des
§ 102 Einkommensteuergesetz das Auslangen findet, ferner daß diese Pausch-
beträge neben dem allgemeinen Werbungskostenpauschbetrag gemäß § 51 Abs. 1
Einkommensteuergesetz bzw. ohne Anrechnung auf die zumutbare Mehrbelastung
gemäß § 33 Einkommensteuergesetz zuerkannt werden.

Ich bin jedoch bereit, auch diese Frage im Zuge der beabsichtigten
Reform des Einkommen- bzw. Lohnsteuerrechtes sorgfältig zu prüfen.

-.--.-.-.-